Pressemitteilung 01/2018

Magdeburg, 01.02.2018

ELTERNVERTRETER FORDERN UNVERZÜGLICH DEUTLICHE VERBESSERUNG DER FINANZAUSSTATTUNG FREIER SCHULEN IN SACHSEN-ANHALT: OFFENER BRIEF AN LANDESPOLITIKER EINSTIMMIG VERABSCHIEDET

Am gestrigen Abend haben sich in Halle mehr als 100 Elternvertreter/innen von freien Schulen versammelt, um über die unzureichenden und teilweise verfassungswidrigen finanziellen Rahmenbedingungen der freien Schulen in Sachsen-Anhalt zu diskutieren und einen Offenen Brief an die maßgeblichen Landespolitiker/innen zu verabschieden. In diesem Brief machen die Eltern auf die erhebliche finanzielle Benachteiligung der Schüler/innen aufmerksam, die in Sachsen-Anhalt freie Schulen besuchen, und fordern eine deutliche Erhöhung des Personal- und Sachkostenzuschusses für die sog. Ersatzschulen rückwirkend zum 01.01.18.

Der VDP Sachsen-Anhalt begrüßt diese Elterninitiative ganz ausdrücklich: „Es ist klar, dass Eltern und Schüler/innen unzufrieden sind, wenn immer mehr freie Schulen dazu gezwungen sind, ihre Schulgelder zu erhöhen oder wenn immer häufiger Lehrkräfte freie Schulen im laufenden Schuljahr verlassen, weil das Land eine Verbeamtung und somit eine bessere Bezahlung bieten kann. Der VDP Sachsen-Anhalt fordert seit langem von der Politik eine Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen der freien Schulen, zumal inzwischen vorliegende Gutachten namhafter Verfassungsrechtler klar dokumentieren, dass zahlreiche Regelungen des Schulgesetzes die Ersatzschulen – und somit deren Schüler/innen – in verfassungswidriger Weise benachteiligen. Es ist deshalb zu hoffen, dass die Politik die Forderungen der Schülereltern ernst nimmt."

Laut Berechnungen des VDP Sachsen-Anhalt auf der Grundlage von Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes wendete das Land zuletzt nur 55 Prozent der Mittel auf, die die öffentlichen Haushalte im gleichen Zeitraum für Schüler/innen staatlicher Schulen aufbrachten.

Die Elternvertreter/innen machten auf der Versammlung zudem deutlich, dass sie zu weiteren öffentlichkeitswirksamen Aktionen bereit sind, falls die Landespolitik nicht zeitnah die Elternforderungen umsetzt.

Der VDP Sachsen-Anhalt vertritt als anerkannter Berufsverband die Interessen von allgemein- und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft sowie von privaten Erwachsenenbildungsdienstleistern in Sachsen-Anhalt. Ihm gehören aktuell 85 Träger derartiger Bildungseinrichtungen mit mehr als 180 Niederlassungen an.

Für Rückfragen wenden Sie sich gern an:

Jürgen Banse, Geschäftsführer VDP Sachsen-Anhalt
Tel.: 0391/7319160
E-Mail: VDP.LSA@t-online.de
www.vdp-sachsen-anhalt.de

Anlage

Bildung Vielfalt Freiheit

- Familien fordern ihre Rechte ein -

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Bildungsminister,
sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren bildungspolitische Sprecher,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir sind Eltern von den Kindern, die derzeit in Sachsen-Anhalt Schulen in freier Trägerschaft besuchen. Wir sind etwa 50.000 Menschen, die sich ernsthafte Sorgen um die Zukunft dieser Schulen und damit auch um die unserer Kinder machen. Wie alle anderen Eltern wollen auch wir nur das Beste für unsere Kinder. In Ausübung unseres Rechtes auf Erziehung und auf Wahl der Schule haben wir uns in liebe- und verantwortungsvoller Abwägung für mindestens eines unserer Kinder für eine freie Schule entschieden.

Wenn es auch künftig in diesem Bundesland ein solches, von Landesverfassung und Grundgesetz geschütztes, Wahlrecht im Rahmen eines facettenreichen Bildungsangebotes geben soll, muss die Politik jetzt handeln. Die wirtschaftliche Lage der freien Schulen gestaltet sich zunehmend prekär, sie können ihre Lehrer nicht (mehr) so wie das Land bezahlen, so dass mittlerweile auch an vielen freien Schulen ein wachsender Lehrermangel zu beklagen und ein stärkerer Unterrichtsausfall zu erwarten ist.

Die Lösung dieses Problems kann nicht allein in einer ständigen Erhöhung des Schuldgeldes gesehen und damit allein bei uns Eltern abgeladen werden. Zum einen wollen wir keine Ausgrenzung von Eltern mit kleinen und mittleren Einkommen, zum anderen zahlen wir genauso Steuern wie die Eltern der öffentlichen Schulen und möchten daher nicht zusätzlich die Defizite im Landeshaushalt ausgleichen.

Vielmehr haben zwei Gutachten von namhaften Verfassungsrechtlern, Frau Prof. Brosius-Gersdorf und Herrn Prof. Kluth, längst aufgezeigt, dass die gegenwärtigen Regelungen im Schulgesetz zur Finanzausstattung freier Schulen gegen die Verfassung unseres Bundeslandes verstoßen.

Wir fordern eine Kehrtwende von diesem offensichtlichen Verfassungsverstoß und eine deutliche Erhöhung des Personal- und Sachkostenzuschusses im laufenden Gesetzgebungsverfahren zum Schulgesetz rückwirkend zum 01.01.2018!

Die Ihnen bekannte Lösung liegt auf dem Tisch: Eine Regelung, die den freien Schulen wieder Luft zum Atmen gibt, ist mit wenigen kleinen Änderungen möglich. Dies sollten Ihnen 25.000 Schülerinnen und Schüler, deren Lehrerinnen und Lehrer sowie wir Eltern Wert sein.

Halle, 31. Januar 2018

für die Elternvertreterinnen und Elternvertreter der
Schulen in freier Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt
Robert Glinski
(Elternvertreter an der St. Mechthild-
Grundschule in Magdeburg)